

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 13.06.2006
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Hermann Horstick Gescher

Mitglieder:

Hartmut Ahold	46395 Bocholt	
Hubert Bestert	46354 Südlohn	
Manfred Epping	48624 Schöppingen	
Reinhard Haveresch	48683 Ahaus	Vertretung für Winfried Sem- melmann
Irmgard Kerkhoff	46414 Rhede	Vertretung für Markus Jasper
Wolfgang Kramer	48712 Gescher	
Wilhelm Kröger	48599 Gronau	
Paul Lensing	46325 Borken	
Franz-Josef Lütkenhorst	46397 Bocholt	
Josef Osterhues	48683 Ahaus	
Markus Schulte	48599 Gronau	bis 18.55 Uhr (TOP 7)
Gertrud Söbbing-Krumkamp	48683 Ahaus	
Silke Sommers	46399 Bocholt	Vertretung für Holger Weiß bis 18.55 Uhr (TOP 7)
Gerhard Temminghoff	48691 Vreden	
Bernhard Völkering	48599 Gronau	Vertretung für Elisabeth Linden- hahn
Friedhelm Weikamp	46414 Rhede	

Gäste:

Ltd. Polizeidirektor Alfred Bernitzke	TOP 1
Heiner Triphaus, Kreisverkehrswacht Borken	TOP 2

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues	
Dr. Hermann Paßlick	
Peter Sonntag	
Ludger Stienen	
Karl-Peter Theis	TOP 3 und 4
Richard Riedel	TOP 3 und 4
Dr. Rainer Hamann	
Birgit Schwering	
Bernhard Sieverding	
Olaf Sobek	

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Horstick eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Da das Ausschuss-Mitglied Haveresch noch nicht als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen verpflichtet wurde, nimmt Vorsitzender Horstick die Verpflichtung mit folgender Formel vor:

„Ich verpflichte mich zu einer rechtmäßigen und gewissenhaften Mitarbeit im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen. Ich werde die Anliegen des Kreises Borken und seiner Einwohner und Bürger nach bestem Wissen und Können vertreten und die Gesetze des Bundes, des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die für den Kreis Borken geltenden Rechtsnormen beachten.“

Die SPD-Fraktion beantragt, den Punkt 10 „Linienführung der Buslinie 761 im Bereich Gescher/ Velen“ von der Tagesordnung abzusetzen. Hierüber besteht Einvernehmen.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Vorstellung des Verkehrssicherheitskonzeptes der Polizei

Berichterstatter: Lfd. Polizeidirektor Alfred Bernitzke

Herr Bernitzke stellt das Verkehrssicherheitskonzept der Polizei vor. Die Folien sind dem Protokoll beigelegt.

Auf die Frage von Herrn Völkening erklärt Herr Bernitzke, dass die Resonanz auf Elternbriefe sehr unterschiedlich ausfalle. Bei noch nicht strafmündigen Kindern gebe es keine Möglichkeit, Sanktionen auszusprechen. Mit Hilfe der Elternbriefe werde an das Pflichtgefühl der Eltern appelliert.

Herr Bernitzke bestätigt auf Anfrage von Herrn Osterhues, dass die Verkehrsaufklärung und -erziehung bereits im Kindergarten beginne. Die Konzeption auf Landesebene sehe dies als festen Baustein vor. Mit Hilfe der Puppenbühne würden Kindern Verhaltensweisen im Straßenverkehr aufgezeigt.

Herr Epping erkundigt sich nach dem Anteil der Schulwegunfälle. Herr Bernitzke erläutert, dass sich im vergangenen Jahr 57 Schulwegunfälle ereignet hätten. Ein Unfall endete tödlich. Die Anzahl der Schulwegunfälle sei gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Im landesweiten Vergleich liege der Kreis Borken im Durchschnitt. Die Verkehrsunfallkommission werde stets herangezogen. Die gewonnenen Erkenntnisse würden im Rahmen des Verkehrssicherheitskonzeptes berücksichtigt. Die Polizei bemühe sich, auf den Schulwegen präsent zu sein.

Auf die Frage von Herrn Lütkenhorst weist Herr Bernitzke darauf hin, dass die Umstrukturierung der Polizei die Organisation der Aufgabenwahrnehmung betreffe. Die Organisationsumstellung solle gewährleisten, dass die Aufgaben Gefahrenabwehr, Kriminalitätsbekämpfung und Verkehrssicherheit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger erfüllt werden könnten.

Herr Bernitzke wird die Anregung von Herrn Kramer aufgreifen und Informationen über Verhaltensregeln für Elektrofahrräder im Straßenverkehr zusammenstellen.

Punkt 2: Konzeption der Kreisverkehrswacht zur Nutzung des Verkehrssicherheitstrainingsplatzes

Berichterstatte:r: Heiner Triphaus, Vorsitzender der Kreisverkehrswacht Borken

Herr Triphaus erläutert die Konzeption der Kreisverkehrswacht zur Nutzung des Verkehrssicherheitstrainingsplatzes. Die Vortragsunterlagen sind dem Protokoll beigelegt.

Frau Kerkhoff regt an, noch gezielter Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, damit freie Kapazitäten des Platzes ausgenutzt werden könnten. Auf die Anregung, Gutscheine für Verkehrssicherheitstrainings auszugeben, erklärt Herr Triphaus, dass im vergangenen Jahr rund 150 Gutscheine ausgegeben worden seien. Öffentlichkeitsarbeit werde über den Internet-Auftritt der Kreisverkehrswacht, Flyer sowie zwei Kinospots betrieben. Bei einer Ausweitung der Werbemaßnahmen sei zu beachten, dass der Kostenrahmen eingehalten werden müsse. Außerdem sei der Platz nicht für jede Veranstaltung geeignet und zugelassen. Die Auslauf- und Bremsflächen seien für Personenkraftwagen ausgelegt. Aufgrund eines längeren Bremsweges könne der Platz nicht für Löschfahrzeuge der Feuerwehr sowie für Wohnwagenspanne genutzt werden. Die Anregung von Herrn Epping, ein Ökotraining anzubieten, könne in das Konzept aufgenommen werden.

Herr Triphaus erläutert auf Anfrage von Herrn Kramer, dass ein Wintertraining nur möglich sei, wenn die Außentemperaturen über dem Gefrierpunkt lägen. Bei Frost würde die Wasseranlage beschädigt. Außerdem sei das Risiko bei Glatteis und Schneefall um ein Vielfaches höher.

Frau Söbbing-Krumkamp erkundigt sich nach dem Anteil der Fahranfänger beim Verkehrssicherheitstraining. Herr Triphaus erläutert, dass es bisher keine Erhebungen hierüber gebe.

Auf die Anfrage von Herrn Völkening erläutert Herr Triphaus, dass einmal im Jahr eine Schülerlotsenfahrt angeboten werde. Ein Fahrsicherheitstraining scheidet für diese Zielgruppe aus, da die Schülerlotsen unter 18 Jahre alt seien. Anfragen für ein Mofa- bzw. Rollertraining gebe es nicht. Mofakurse würden in Schulen angeboten. Die Gruppe der Quad-Fahrer sei bisher nicht auffällig, so dass diese im Konzept der Kreisverkehrswacht als Zielgruppe bisher nicht aufgenommen worden sei.

Herr Dr. Paßlick weist darauf hin, dass Oberstufenschüler einmal jährlich zur Unfalldemonstration auf dem Verkehrssicherheitstrainingsplatz eingeladen würden. Hier werde stets auf die Möglichkeit hingewiesen, ein Verkehrssicherheitstraining durchzuführen.

Punkt 3: Geschäftsbericht 2005
Vorlage: 0127/2006

Berichtersteller: Ludger Stienen, Karl-Peter Theis, Richard Riedel, Peter Sonntag

Auf die Frage von Herrn Weikamp erläutert Herr Riedel, dass es sich bei den zum Haushaltsausgleich eingesetzten Mitteln nicht um zweckgebundene Einnahmen handele.

Beschluss: 16 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nimmt den Geschäftsbericht 2005 für die Budgets 07 – Verkehr, 08 – Planen, Bauen, Wohnen, 09 – Vermessung und Kataster und 12 – Straßen, Gebäude und Grünflächen zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 4: 1. Controllingbericht 2006
Vorlage: 0128/2006

Berichtersteller: Ludger Stienen, Karl-Peter Theis, Richard Riedel, Peter Sonntag

Herr Epping weist auf die Haushaltsverbesserungen in Höhe von 273.000 Euro im öffentlichen Personennahverkehr hin und schlägt vor, die Fahrplankürzungen zurückzunehmen und das Angebot wieder auszuweiten.

Herr Stienen erläutert, dass die Verbesserungen bei der Verlustabdeckung der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) strukturell und damit dauerhaft seien. Erwartet werde für das laufende Jahr eine Korrektur der Verlustabdeckung der RVM. Die Politik müsse entscheiden, wie mit den eingesparten Mitteln umgegangen werde. Die beschlossenen Kürzungen seien aufgrund mangelnder Nachfrage sinnvoll gewesen. Es sei besser, Finanzmittel für kundenfreundlichere und wirtschaftlichere Projekte zur Verfügung zu stellen als die Kürzungen kaum nachgefragter Fahrten zurückzunehmen. Auf Grundlage des Nahverkehrsplanes könnten neue Schwerpunkte gesetzt werden.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen nimmt die Ergebnisse des 1. Controllingberichtes zum 30.04.2006 für die Budgets 07 – Verkehr, 08 – Planen, Bauen, Wohnen, 09 – Vermessung und Kataster und 12 – Straßen, Gebäude und Grünflächen sowie den Bericht über die Umsetzung der mittelfristigen Ziele und Maßnahmen zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen empfiehlt dem Kreistag folgendes zu beschließen:

Für die Budget- und Haushaltsplanung 2007 werden folgende Maßnahmen eingesetzt:

1. Bereitstellung eines durchgehenden West-Ost Schnellstraßensystems durch den Ausbau der B 67n

- Unterstützung eines Baubeginns 2007 auf dem Streckenabschnitt Rhede – Borken
- Unterstützung des Planfeststellungsverfahrens im Streckenabschnitt Reken-Merfeld-Dülmen

2. Nachfrageorientiertes, finanzierbares, transparentes ÖPNV-Angebot, das allen Altersgruppen gerecht wird und eine Alternative zum Individualverkehr darstellt

- Umsetzung des 2. Nahverkehrsplanes
- Umstrukturierung der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM), Qualifizierung der RVM für den Wettbewerb
- Erarbeitung eines Linienbündelungskonzeptes
- Weiterentwicklung des Fietsenbus-Projektes

3. Verkehrsvermeidung und Verkehrsreduzierung durch Verkehrslenkung

- Verlagerung des Schwerlastverkehrs auf leistungsfähige Straßen in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden
- Überprüfung der Wegweisungen an Kreisverkehren

4. Sicherung des Schwerpunkt-Verkehrslandeplatzes Stadtlohn-Vreden und Entwicklung als Wirtschaftsimpuls für den Raum

- Fertigstellung der Start- und Landebahnerweiterung
- Vorplanung für neue Flugzeug- und Wartungshallen im Rahmen des interkommunalen Gewerbegebietes

5. Förderung der Verkehrssicherheit und Aufklärungsarbeit unter besonderer Ansprache von Jugendlichen

- Umsetzung der EU-Charta für Verkehrssicherheit
- Euregio-Projekt „Verkehrsaufklärungs-Plakate“ an grenzüberschreitenden Hauptverkehrsstraßen
- Unfalldemonstration
- Seminare für straffällig gewordene Jugendliche
- Durchführung von Verkehrssicherheitstrainings, Vergünstigungen für Schulklassen

6. Pflege und Weiterentwicklung der Radwegeinfrastruktur und Positionierung des Kreises Borken als „Fahrradfreundlicher Kreis“

- Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden“
- Durchführung des BYPAD-Prozesses

7. Ausbau der IT-Infrastruktur

- Weiterentwicklung der in 2005/ 2006 grundlegend erneuerten IT-Infrastruktur entsprechend den aktualisierten Anforderungsprofilen

8. Profitierung von der zunehmenden Verbindung zwischen den Ballungsräumen Amsterdam-Rotterdam-Den Haag-Utrecht (Randstadt) und Ruhrgebiet

- keine Maßnahmen in 2007

Punkt 5.1: Resolution zur Ortsumgehung Südlohn-Oeding Vorlage: 0151/2006

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Verkehr und Bauwesen gibt folgende Beschlussempfehlung an den Kreistag:

„Der Kreistag des Kreises Borken nimmt erfreut zur Kenntnis, dass dem Ausbau der Landesstraße 558 in der Ortsumgehung Südlohn-Oeding mit dem Anschluss an das niederländische Verkehrsnetz seitens des Landes Nordrhein-Westfalen nunmehr höchste Priorität eingeräumt wird. Mit der Verabschiedung des IGVP ist diese Maßnahme als baureif zu betrachten.

Mit Sorge beobachtet der Kreistag des Kreises Borken allerdings, dass der zum Bau der Straße notwendige Abschluss eines deutsch-niederländischen Staatsvertrages bislang nicht umgesetzt wurde.

Durch die jetzige Straßenführung in der Ortsdurchfahrt Südlohn-Oeding sind die Bewohner in unerträglicher Weise durch Verkehrslärm und auch Verkehrsgefahren belastet. Vor diesem Hintergrund ist es nicht vertretbar, wenn die an sich baureife Errichtung einer Entlastungsstraße wegen des fehlenden Staatsvertrages nicht so zeitnah wie möglich umgesetzt werden kann.

Der Kreistag des Kreises Borken fordert daher die zuständigen Ministerien im Land Nordrhein-Westfalen sowie im Bund auf, unverzüglich alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit es zeitnah zum Abschluss der notwendigen deutsch-niederländischen Vereinbarung kommt.“

Punkt 6: Förderung des Radfahrens im Kreis Borken Vorlage: 0138/2006

Berichterstatter: Ludger Stienen

Herr Stienen informiert über die konzeptionelle Vorarbeit. Die Workshops hätten sehr unterschiedliche Ansatzpunkte ergeben. Das Thema „Radfahren im Kreis Borken“ sei unter den Themenkomplexen Sport und Gesundheit, Freizeit und Tourismus, Verkehrssicherheit und Infrastruktur und Öffentlichkeitsarbeit beleuchtet worden. Der BYPAD-Prozess werde unter Mitwirkung der Politik durchgeführt.

Auf die Nachfrage von Herrn Schulte erläutert Herr Stienen, dass der BYPAD-Prozess mit einem einmaligen Betrag finanziert werde. Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte und Gemeinden schlage mit jährlich 2.500 Euro zu Buche. Die Mitgliedschaft sei auf sieben Jahre begrenzt.

Herr Stienen erklärt auf die Anregung von Herrn Epping, dass bei dem BYPAD-Prozess eine Kooperation mit ausgewählten Kommunen stattfindet. Einige Städte und Gemeinden aus dem Südkreis hätten sich beworben. In den Kommunen seien in Eigeninitiative zahlreiche Aktivitäten rund um das Radfahren vorhanden.

Beschluss: einstimmig

Die Ausführungen zur Förderung des Radfahrens werden zustimmend zur Kenntnis genommen. In einem BYPAD-Prozess werden die Stärken und Schwächen der Radfahrersituation im Kreis Borken analysiert und Entwicklungsziele festgelegt. Die aktive Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte und Gemeinden (AGfS) soll angestrebt werden.

**Punkt 7.1: Bildung eines Beirates für die "Regionale Nahverkehrsgemeinschaft Münsterland (RNVG)"
Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 0149/2006**

Vorsitzender Horstick regt an, den Vorschlag aus dem Antrag der SPD-Fraktion aufzunehmen und die Verwaltung zu beauftragen, eine Abstimmung mit den übrigen Kreisen anzustreben.

Herr Weikamp, Herr Lensing und Herr Epping machen für ihre Fraktionen deutlich, dass der Einfluss der Politik durch die Einrichtung der regionalen Nahverkehrsgemeinschaft Münsterland (RNVG) nicht eingeschränkt werden dürfe.

Herr Dr. Paßlick weist darauf hin, dass der Kreistag des Kreises Steinfurt einen gleichlautenden Antrag abgelehnt habe. Mit Gründung der RNVG würden keine eigenen Verantwortlichkeiten geschaffen. Es handele sich lediglich um die Bündelung der Arbeitsebene. Die Bildung eines Beirates sei nur sinnvoll, wenn kreisübergreifender Abstimmungsbedarf bestehe.

Herr Dr. Hamann erläutert, dass die Sachbearbeiter der Münsterlandkreise bereits seit zwei Jahren kooperierten. Die RNVG sichere diese enge Zusammenarbeit. Er plädiere dafür, die RNVG erst einmal arbeiten zu lassen und nicht schon vorab zusätzliche Gremien zu schaffen. Kontrolle sei bereits durch eine Beteiligtenvertretung gegeben.

Vorsitzender Horstick schlägt vor, die Intention, einen Beirat für die RNVG zu bilden, von der Verwaltung prüfen zu lassen. Der Antrag der SPD-Fraktion sei beraten worden und komme in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen zur Abstimmung. Die Interessenlage der politisch Handelnden sei in der Diskussion deutlich geworden.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird zurückgestellt und in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen beraten.

**Punkt 7: Einrichtung der regionalen Nahverkehrsgemeinschaft Münsterland (RNVG);
Abschluss einer mandatierenden Vereinbarung
Vorlage: 0114/2006**

Berichterstatter: Dr. Hermann Paßlick

Herr Dr. Paßlick erläutert anhand von Folien die Stand zur Weiterentwicklung der RVM. Die Folien sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Auf die Frage von Herrn Weikamp erläutert Herr Dr. Paßlick, dass der Standort Münster perspektivisch zu betrachten sei. Landesweit werde angedacht, die Finanzströme zu bündeln und den Kommunen direkt zukommen zu lassen. Ziel der Überlegungen sei es, die Kreise eigenverantwortlich wirtschaften zu lassen. In Münster bestehe bereits die Geschäftsstelle des Zweckverbands SPNV Münsterland, in der Know-How vorhanden sei. Mit dem Standort Münster könnten zusätzliche Synergien genutzt werden. Eine räumliche Zusammenlegung sei zur Zeit nicht erforderlich.

Vorsitzender Horstick weist darauf hin, dass die Formulierungen der mandatierenden Vereinbarung mit den übrigen Kreisen abgestimmt seien. Als Standort für die RNVG sei Coesfeld vorgesehen.

Auf die Frage von Frau Söbbing-Krumkamp erläutert Herr Dr. Paßlick, dass ein Mitarbeiter des Kreises Coesfeld die Organisation der RVNG übernehme.

Herr Weikamp begrüßt den vorgetragenen Sachstandsbericht. Der ÖPNV sei stets als Daseinsvorsorge angesehen worden. Der eingeschlagene Weg liege im Interesse der mittelständischen Unternehmen. Er danke Herrn Dr. Paßlick für sein Engagement im Rahmen der Weiterentwicklung der RVM.

Beschluss: 14 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Dem Kreistag wird empfohlen folgendes zu beschließen:

Dem Abschluss der mandatierenden Vereinbarung wird in der als Anlage beigefügten Fassung zugestimmt.

Punkt 8: Umsetzung des Zweiten Nahverkehrsplanes Kreis Borken; RegioBus-Linien, Wochenend-Spätverkehre
Vorlage: 0133/2006

Berichterstatter: Ludger Stienen

Herr Stienen erläutert, bei dem Vorschlag handele es sich um die Umsetzung der Vorgaben aus dem Nahverkehrsplan. Zwar seien zusätzliche Mittel notwendig, das Kostenvolumen sei überschaubar.

Herr Epping befürchtet Verschlechterungen für das ÖPNV-Angebot des Kreises, da Kurse gestrichen worden seien.

Herr Dr. Hamann weist darauf hin, dass die Kürzungen betriebliche Abläufe betreffen. Es würden die im Nahverkehrsplan zugrundegelegten Standards realisiert. Ferner erklärt er, dass die Regionalverkehr Niederrhein (RVN) die Kreise Wesel und Kleve bediene und für die Linie 61 (R 61) eigenwirtschaftliche Verbesserungen zugesagt habe. Er verspreche sich von den Vorschlägen Verbesserungen für die Kunden des ÖPNV.

Beschluss: 13 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen

Zum Fahrplanwechsel 2007 werden die heutigen Regionalbuslinien 61, 721, 751 und 761 in RegioBus-Linien (R61, R31, R51 und R63) umgewandelt. In einem ersten Schritt werden die Wochenend- und Spätverkehre angepasst. Die Maßnahmen werden in einer Marketing-Kampagne vermarktet.

Punkt 9: Fortführung des Projektes Bürgerservice Pendlernetz
Vorlage: 0073/2006

Berichterstatter: Ludger Stienen

Herr Stienen erläutert, die Alternative zu der vorgeschlagenen Lösung sei der Ausstieg aus dem Projekt Pendlernetz. Die Verwaltung sei bemüht, höhere fachliche Erwartungen an den Anbieter zu realisieren und eine landeseinheitliche Lösung anzustreben. Positiv sei zu bewerten, dass die Kosten durch die vorgeschlagene Änderung reduziert werden könnten.

Herr Kramer verweist auf Beispiele, dass die Betriebe die Gleitzeitregelung aufgehoben hätten, um mehr Fahrgemeinschaften zu ermöglichen.

Herr Epping hält zusätzliche Werbemaßnahmen für erforderlich, um eine höhere Effizienz des Angebotes zu erreichen. Herr Stienen weist darauf hin, dass Marketingmittel im hohen Maße eingesetzt worden seien. Die Internetseite sei mit der Homepage des Kreises Borken

verlinkt. Das Internet-Angebot werde genutzt. Es könne allerdings nicht festgestellt werden, wie viele Fahrgemeinschaften tatsächlich zustande gekommen seien.

Beschluss: einstimmig

Der überarbeitete Vertrag über die Nutzung des Internetdienstes Pendlernetz.de mit der EuropeAlive Medien GmbH, Bonn, wird verlängert.

Punkt 10: Linienführung der Buslinie 761 im Bereich Gescher/ Velen
Vorlage: 0144/2006

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 11: Verkauf des bisherigen Bauhofes in Borken, Röntgenstraße 6
Errichtung eines interkommunalen Bauhofes sowie eines Krisen-
zentrums in Gescher-Estern
Vorlage: 0146/2006

Berichterstatter: LtD. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Herr Grothues erklärt einleitend kurz die Hintergründe für die geplante Veräußerung des Bauhofes Borken bei anschließender Errichtung eines interkommunalen Bauhofes in Gescher. Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) habe die Leistungen des Kreises im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit analysiert und bei der Straßenunterhaltung gute Kennzahlen attestiert. Um weitere positive Effekte zu erzielen, müsse aber interkommunal kooperiert werden. Seit dem Jahr 2003 seien Verhandlungen über den Verkauf des Bauhofes gelaufen, es habe jedoch lange gedauert, bis ein für beide Seiten akzeptabler Preis zustande gekommen sei. Nun sei die Gelegenheit sehr günstig für eine Zusammenarbeit des Kreises mit einigen Kommunen in Bezug auf einen gemeinsamen Bauhof, weil mit den Städten Gescher und Stadtlohn und der Gemeinde Velen gleich drei Kommunen einen neuen Bauhof benötigten. Der Kreisbauhof in Borken sei zwar voll funktionsfähig, insofern bestehe für den Kreis kein Druck, das Gebäude zu veräußern, doch verspreche man sich durch den Zusammenschluss signifikante Synergieeffekte auch für den Kreis Borken.

Auf die Anmerkung von Herrn Weikamp, er sehe es als problematisch an, dem Verkauf zuzustimmen, wenn die interessierten Gemeinden noch keine konkrete Zusage über eine Beteiligung gemacht hätten, entgegnet Herr Grothues, dass die Zustimmung des Ausschusses über den Verkauf nur eine Grundsatzentscheidung sei, die die Planung voranbringen solle. Selbstverständlich werde der bestehende Bauhof in Borken nur dann veräußert, wenn die Nachfolgelösung feststehe. Es bestehe keinerlei Gefahr für ein Szenario, dass die Bauhofmitarbeiter „obdachlos“ würden.

Vorsitzender Horstick bekräftigt, dass es jetzt darum gehe, die Ampel für die Fahrt Richtung Gemeinschaftsbauhof auf gelb zu stellen, um in den Planungen und Verhandlungen mit den Gemeinden weitermachen zu können.

Herr Sonntag skizziert anhand der als Anlage zur Niederschrift beigefügten Power-Point-Folien die Chancen der Zusammenarbeit, die sich aus dem Zusammenschluss mehrerer interessierter Kommunen zu einem gemeinsamen Bauhofprojekt ergeben würden. Zu betonen seien insbesondere die Vorteile, die aus den unterschiedlichen Aufgabenschwerpunkten

von Gemeinden und Kreis zu ziehen seien. So seien die Gemeinden Profis im Kanalbau, der Kreis betreibe dafür den Straßenbau intensiver. Durch gegenseitige Nutzung von Spezialgeräten und dadurch bessere Ausnutzung lasse sich manche Einsparung erzielen. Die derzeitige Kooperation mit der Stadt Gescher zeige einerseits die spürbare Verbesserung des Zustandes im Berkeltal Gescher, andererseits entlaste der Einsatz der speziell für die Spielplatzkontrolle geschulten Mitarbeiter der Stadt Gescher den Kreis, der über vergleichsweise wenige Schulsportplätze verfüge und kein entsprechend geschultes Personal vorhalten müsse. Wichtig für die Optimierung durch einen gemeinsamen Bauhofbetrieb sei auch die Verteilung der Overheadkosten (Leitung und Verwaltung); dies setze eine gemeinsame Betriebsführung voraus. Sofern eine Kooperation in Sachen Bauhof zustande komme, könne die Bauphase genutzt werden, um einen Vertrag über die gemeinsame Betriebsführung abzuschließen.

Herr Weikamp erkundigt sich danach, ob auch gegebenenfalls eine andere Organisationsform für den Gemeinschaftsbauhof geplant werde, etwa ein Eigenbetrieb oder eine GmbH. Herr Grothues erläutert, die Organisationsform werde zunächst ausgeklammert. Erst müsse sich der Gemeinschaftsbauhof finden und die unterschiedlichen Strukturen der Einzelbetriebe müssten zusammengeführt werden. Wenn die Wirtschaftlichkeit des Projektes feststehe, könne über organisatorische Änderungen nachgedacht werden.

Vorsitzender Horstick erklärt abschließend, die grundsätzlichen Überlegungen zum Verkauf des Kreisbauhofes in Borken seien im öffentlichen Teil der Sitzung zur Sprache gekommen, vertrauliche Details zum Verkauf würden im nichtöffentlichen Teil behandelt.

Beschluss:

14 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Dem Kreistag wird empfohlen:

Der Kreistag stimmt den Planungen zur Schaffung eines interkommunalen Bauhofes sowie eines Krisenzentrums in Gescher-Estern zu.

Insbesondere stimmt er einem Verkauf des bisherigen Kreisbauhofes in Borken, Röntgenstraße 6, zu.

Punkt 12: Mitteilungen der Verwaltung

- Herr Stienen weist auf die ausgelegten Flyer zu der Aktion „Kreis Borken sieht gelb“ hin. In Zusammenarbeit mit der Kreisverkehrswacht, der Polizei, dem Schulamt, der LVM und Radio WMW seien Veranstaltungen zum Schulanfang geplant. Die Schulanfänger erhielten gelbe Kappen mit Leuchtstreifen. Zusätzlich würden die Kinder gelbe Karten gestalten und diese an Autofahrer verteilen. Das Lokalradio werde die Aktion mit Berichten und Interviews begleiten.
- Herr Dr. Hamann berichtet über die Gründung des Bürgerbusvereins Südlohn. Für den mittlerweile vierten Bürgerbusverein im Kreis Borken hätten sich rund 40 Fahrer zur Verfügung gestellt. Im Stundentakt würden Fahrten zwischen Südlohn und Oeding, zweistündlich nach Stadtlohn und Winterswijk angeboten. Der Kreis Borken profitiere von

dieser Initiative, da der Taxibus T 55 nur noch samstags fahre und der T 53 nicht mehr eingesetzt werden müsse.

- Herr Dr. Hamann weist auf ein neues Angebot im Rahmen des öffentlichen Personenverkehrs hin. Die Städte Ahaus, Gronau und Vreden hätten zusammen mit der RVM ein neues Angebot initiiert, den KulTour-Bus. Dieser fahre in einer Rundtour das Rock' n' Popmuseum in Gronau, das Schulmuseum in Ahaus und das Hamaland-Museum in Vreden an. Es erfolgten Museumsführungen sowie eine Bewirtung. Der KulTour-Bus starte am 25.06. in Gronau, am 02.07. in Vreden und am 16.07. in Ahaus.
- Herr Dr. Hamann berichtet über die geplante Ausweitung des Studententickets aus dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) auf Nordrhein-Westfalen. Hierfür müssten die Semesterbeiträge der Studenten um 30 Euro erhöht werden. Die Studentenvertretungen seien mit der Erhöhung der Beiträge nicht einverstanden. Die Bemühungen würden fortgesetzt.

Punkt 13: Anfragen

Herr Ahold teilt mit, dass die Sporker Ringstraße in Bocholt gesperrt worden sei, weil sich die Fahrbahndecke gelöst habe. Da auf der K 3 erst kürzlich eine Deckensanierung erfolgt sei, wolle er gerne wissen, ob die bauausführende Firma in Regress genommen werden könne. Herr Sonntag erklärt, ihm seien keine Straßenschäden der sanierten Kreisstraße in Bocholt bekannt. Er werde dem Hinweis jedoch nachgehen. Sollte auf dem Teilstück des Kreises der Sporker Ringstraße (K 3) ein Mangel festgestellt werden, könne dies im Rahmen der Gewährleistung behoben werden.

Zusatz zur Niederschrift:

Die Schadensstelle befand sich nicht auf der K 3, sondern in der Fortführung der Sporker Ringstraße im Bereich der Landesstraße (L 604). Aufgrund von Asphaltauweichungen wurde das Teilstück vom Landesbetrieb Straßen NRW gesperrt. Da die K 1 (Liedernecker Höfgraben) auf die L 604 mündet, erfolgte auf Veranlassung des Landesbetriebs dort ebenfalls eine Sperrung.

Herr Osterhues erkundigt sich nach dem Stand des Umwidmungsverfahrens der L 560 zur K 63 in Ahaus. Herr Sonntag führt dazu aus, dass das Ministerium beabsichtige, vorzeitig zum 01.09.2006 umzuwidmen anstelle des regulären Termins 01.01.2007. Der Kreis habe dem zugestimmt.

Des Weiteren bittet Herr Osterhues um Sachstandsmitteilung bei dem Ausbau des Radweges an der K 18 in Ahaus. Dieser Radweg habe auf der Prioritätenliste den Platz 14, Bürgerforderungen aus Alstätte und Lünten würden jedoch auf eine rasche Realisierung drängen, so dass es interessant sei zu erfahren, ob der Kreis diesem Druck der Anwohner nachgebe und sich der Radweg vielleicht eher verwirklichen lasse, wenn er nach holländischem Vorbild erstellt würde. Herr Sonntag entgegnet, die Prioritätenliste des Radverkehrskonzeptes bilde keine starre Vorgabe, die rangfolgenhaft abzarbeiten sei. Es gebe durchaus Maßnahmen, die auf der Liste weit oben stünden, sich jedoch aus planungsrechtlichen oder finanziellen Gründen auf absehbare Zeit nicht verwirklichen ließen. Aufgrund geänderter Förderpraxis des Landes seien im kommenden Jahr eventuell mehr Radwege als vermutet förderfähig. Er sage dies aber mit der gebotenen Vorsicht. Im September finde das alljährliche Einplanungsgespräch bei der Bezirksregierung statt, in dem man auch die Maßnahme K 18 als

förderungswürdig anmelden werde. Ein Radwegebau nach holländischem Vorbild, bei dem ein Teil der Fahrbahn als Radweg durch Markierung festgelegt werde, jedoch keine bauliche Trennung zur Fahrbahn erfolge, sei im Fall der K 18 als relativ schmale Allee nicht realisierbar. Grundsätzlich ergebe sich beim Radweg nach holländischem Vorbild die Frage nach der Verkehrssicherheit bei außerorts gelegenen Straßen mit entsprechend hohen Geschwindigkeiten.

Punkt 13.1: Verabschiedung von Dr. Hamann

Vorsitzender Horstick bedankt sich bei Herrn Dr. Hamann für die von ihm geleistete Arbeit. Zum September werde Dr. Hamann in die Freizeitphase der Altersteilzeit eintreten. Herr Dr. Hamann sei seit 1998 als Mobilitätsbeauftragter beim Kreis Borken beschäftigt. Er sei über die Kreisgrenzen hinaus bekannt als anerkannter und geschätzter Fachmann in Fragen des öffentlichen Personennahverkehrs. Herr Dr. Hamann habe viele Projekte erfolgreich auf den Weg gebracht und damit Spuren hinterlassen. Im Namen der Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen wünsche er Herrn Dr. Hamann alles Gute für den Ruhestand.

Herr Dr. Hamann dankt den Mitgliedern des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen für die konstruktive und angenehme Zusammenarbeit. Die Arbeit habe ihm viel Freude gemacht und gemeinsam mit der Politik habe viel für den öffentlichen Personennahverkehr erreicht werden können.

Vorsitzender Horstick schließt die Sitzung um 20:35 Uhr.